



INDIVIDUELLE VERHALTENSÄNDERUNGEN WERDEN NICHT AUSREICHEN

Die Umweltverantwortungs-Initiative verlangt, dass die Wirtschaftsaktivitäten „nur so viele Ressourcen verbrauchen und Schadstoffe freisetzen [dürfen], dass die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten bleiben.“ Im Unterschied zu den bisherigen Politikansätzen ist dieser ausdrücklich global. Die Bedrohungen der Lebensgrundlagen der Menschheit kennen keine Landesgrenzen, so dass die Belastungen durch in der Schweiz konsumierte und anderswo produzierte Güter einbezogen werden muss, denn wie für andere reiche Länder auch findet inzwischen der Grossteil der umweltbelastenden Produktion für den hiesigen Konsum im Ausland statt. Hier soll das Verursacherprinzip gelten, wobei die Initiative der Politik aufgibt, die Sozialverträglichkeit im In- und Ausland Rechnung zu tragen, auch hier also eine globale Perspektive einnimmt.

Da sich die Umwelt ohne einschneidende Änderungen bei Produktion, Verkehr und Verhalten einem Ausmass ändern wird, das zukünftigen Generationen potenziell katastrophale Lebensumstände zumutet, gibt es einen ethischen Imperativ, dies zu verhindern. Individuelle Verhaltensänderungen reichen nicht aus. Einer jüngsten Studie zufolge würde sich der ökologische Fussabdruck der Schweiz, wenn alle Einwohner sich freiwillig umweltverträglich verhielten, um weniger als 20% des Nötigen verringern. Auf technische Durchbrüche zu hoffen, welche die Problem lösen werden, ist aus verantwortungsethischer Sicht nicht zulässig. Bis dahin sind schnelle und durchgreifende Massnahmen die einzige Option. Es liegt an der Politik, die dem Imperativ entsprechenden Veränderungen ohne Verzug durchzusetzen. Erforderlich ist weltweite Aktion. Solange diese nicht erzielbar ist, können die reichen Länder eine Vorbildfunktion einnehmen, insbesondere durch Massnahmen mit globaler Reichweite. Energisches Handeln muss schädliches Verhalten unterbinden, und wo dies nicht praktikabel ist, zum teuren Luxus machen. Das ist sozial unausgewogen, aber angesichts der kollektiven Bedrohung darf das nicht heissen, den Ärmern ein Recht auf schädliches Verhalten zuzugestehen. Bessergestellte können sich immer mehr Luxus leisten als Ärmere. Sozialverträglichkeit muss daher an der Einkommens- und Vermögensverteilung ansetzen.

Was es jetzt braucht, damit es gelingt, zukünftige Generationen vor dem Schlimmsten zu bewahren, ist im Wesentlichen klar; dass es tatsächlich gelingen wird, dagegen nicht, denn die erforderlichen Veränderungen sind epochal. Reiche und innovative Länder wie die Schweiz sind prädestiniert, den erforderlichen Umbau vorzumachen. Viele gewohnte Lebensumstände und Jobs sind aufzugeben, aber Neues wird an deren Stelle treten, auf das man gespannt sein und sich vielleicht sogar ein bisschen freuen kann. Das Festhalten am Status Quo bzw. das Ausbremsen des Umbaus ignoriert unsere Verantwortung sowie die Perspektiven, die im Neuen liegen.